

Stimmt es, dass...?

Erweiterte Fassung

Stimmt es, dass...die derzeitige Sicherheitspolitik alternativlos ist?

Heute gilt scheinbar als alternativlos, dass nur Aufrüstung einen Krieg mit Russland abschrecken und die Existenz und die Interessen der EU in einer multipolaren Weltordnung sichern kann. Schon 2024 wies der Generalinspekteur der Bundeswehr darauf hin, dass für Russland „in den nächsten fünf bis acht Jahren ein Angriff auf NATO-Gebiet möglich“¹ ist. Deshalb müsse Abschreckung und Kriegsfähigkeit gegeben sein. Dies gilt erst recht, seit für große Teile des politischen Establishments auch die USA zu einer gegnerischen Macht geworden sind – mit zweierlei Folgen: zum einen ist unklar, ob der Atomschirm der USA noch über Deutschland und Europa aufgespannt ist, zum anderen muss Europa „die Sprache der Macht“² lernen, so Bundeskanzler Merz Ende Januar 2026, um der Großmachtpolitik Russlands, Chinas und des einstigen Verbündeten USA militärisch etwas entgegensetzen zu können.

Alternativlos erscheint deshalb eine Aufrüstung ohne Schuldengrenzen bis 2035 um fünf Prozent des BIP, die Aufstellung von US-Mittelsteckenraketen in Grafenwöhr 2026, eine Aufstockung der Bundeswehr auf mobilisierbare 460.000 Soldat*innen und die planerische Vorbereitung Deutschlands auf einen Krieg mit Russland durch die Umsetzung des Operationsplans Deutschland (OPlan DEU). Als alternativlos erscheint aber auch eine Gedankenwende mit dem Ziel, dass die Bevölkerung all diese Maßnahmen einsieht und stillschweigend billigt, bis hin zur Bereitschaft, sich Krieg als Möglichkeit des Konfliktaustrags wieder vorzustellen, positiv zu bewerten und die eigene Opferbereitschaft zu bekunden.

Grundannahme: Abschreckung und Verteidigung sind möglich

Diese Politik Deutschlands wird bestimmt von drei in der Öffentlichkeit kaum hinterfragten Annahmen: zum einen, dass Russland um das Jahr 2029/2030 in der Lage sein wird, die Nato anzugreifen³, zum Zweiten, dass Abschreckung und Verteidigung erfolgreich die Sicherheit Europas gegenüber Großmächten, insbesondere Russland, gewährleisten können und zum Dritten, dass erst durch Aufrüstung die EU befähigt sein wird, sich an den Machtspielen in der Welt zu beteiligen.⁴

Aber ist diese Politik wirklich alternativlos? Wie tragfähig sind die hinter dieser Politik liegenden Annahmen? Hier soll der Schwerpunkt auf der Diskussion der zweiten Annahme liegen.

Die vorherrschende Politik geht davon aus, dass Abschreckung und Verteidigung erfolgreich die Sicherheit Europas gegenüber Großmächten, insbesondere Russland, gewährleisten können. Halten wir fest: Obwohl also heute ein Angriff Russlands als höchst unwahrscheinlich angesehen wird⁵, soll durch Aufrüstung der Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee in Europa die Abschreckung

¹ Interview in der Süddeutschen Zeitung, 08. Juli 2024, Nr. 155; auch zu finden auf ntv.de und ino/dpa vom 08.07.2024. DIE ZEIT schreibt dazu: „Verlässliche Zahlen fehlen. Bundeswehrgeneral Carsten Breuer schätzt, dass Russland bis zu 1.500 Panzer im Jahr produziert. Etwa 80 Prozent davon sind generalüberholte Modelle aus den 1960er- und 1970er Jahren. Satellitenbilder zeigen, dass die Bestände an altem Kriegsgerät um 50 bis 60 Prozent geschrumpft sind.“ DIE ZEIT Nr. 21, 22. Mai 2025, S.3: „Der Russe kommt. Vielleicht“. Siehe: <https://www.zeit.de/2025/21/carlo-masala-russland-angriff-europa-nato-aufruestung>

² <https://www.youtube.com/watch?v=1way183hQDw>

³ Zur ersten Annahme siehe „Stimmt es, dass...Putin uns bald angreifen wird?“, abrufbar unter <https://www.aufbruch-zum-frieden.de/>

⁴ Vgl. dazu: „Stimmt es, dass Trump EU-Europa zerstören und die europäischen Länder unterwerfen will?“, abrufbar unter <https://www.aufbruch-zum-frieden.de/>

⁵ Vgl. dazu: „Stimmt es, dass Putin uns bald angreifen wird?“, abrufbar unter <https://www.aufbruch-zum-frieden.de/>

und die Verteidigungsfähigkeit gegenüber Russland gestärkt werden. Dabei stellen sich zwei prinzipielle Fragen an diese militärgestützte Politik, die nicht allein mit Glaubenssätzen überzeugend zu beantworten sind. Diese Fragen lauten: wirkt Abschreckung kriegsverhindernd? Kann mit militärischer Verteidigung eine komplexe Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft so verteidigt werden, dass das, was geschützt werden soll erhalten bleibt?

Allen ist klar, dass eine Politik der Aufrüstung (wenn auch vielleicht gut gemeint „nur“ zur Abschreckung durch Strafandrohung oder Verteidigung) das Sicherheitsdilemma dramatisch verstärkt und eher kriegsfördernd wirkt und damit wahrscheinlicher macht, was sie eigentlich verhindern will. Dazu erklärt Carlo Masala: *„Ja, wir stecken mitten in einem Wettrüsten: Wenn wir tatsächlich aufrüsten, wird Moskau ebenfalls aufrüsten, das ist klar. Ich sehe aber keine Alternative. Dieses Sicherheitsdilemma können wir entschärfen, indem wir uns defensiv zeigen. Sonst provozieren wir die russische Regierung und deren Angriffe.“*⁶ Sehr beunruhigen muss, dass laut Umfragen des unabhängigen Lewada-Zentrums ein großer Teil der russischen Bevölkerung glaubt, dass der „Westen“ einen Krieg gegen Russland vorbereitet. Ähnlich verbreitet ist in Deutschland die Angst vor einem russischen Angriff. Dies mag der jeweiligen Propaganda geschuldet sein, ändert aber nichts daran, dass eine solche Erwartung politikrelevant ist, noch dazu, wenn sie von den Entscheidungsträgern in der Nato und in Russland geteilt wird. Sie kann zu einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung werden.

Aber auch die Wirkung von Abschreckung ist höchst ungewiss. Der Militärhistoriker Sören Neitzel stellt dazu fest: *„Wir können heute die Folgen des Aufrüstens nicht kennen – schreckt es Russland ab, oder hat es den gegenteiligen Effekt? Auch Aufrüstung garantiert keinen Frieden. Die Briten rüsteten vor dem Zweiten Weltkrieg auf, um Hitler abzuschrecken, und im Ersten Weltkrieg führte Aufrüstung zu Psychosen und Kriegsstimmung. Ich halte es aber heute für wahrscheinlicher, dass es abschreckt.“*⁷ Doch: Worauf gründet sich diese Wahrscheinlichkeit? Ist Putin letztlich doch von einem Kosten-Nutzen-Denken geleitet und damit eine gewisse Zweckrationalität nicht fremd, anders als bei Hitler und den Staatsführungen 1914?

Suche nach Alternativen

Angeichts der Ungewissheiten über die Wirkung militärischer Abschreckung und den hohen Risiken, die ein Krieg für Deutschland⁸ und EU-Europa bedeuten würden, ist es dringend notwendig, nach Alternativen zu suchen. Dabei ist es hier nur möglich, Anregungen für ein Weiterdenken zu geben. Dabei muss an erster Stelle stehen die hinter einem Konflikt stehenden Motive, Interessen und Bedürfnisse zu erfassen, um mit diplomatischen Mitteln einen Konflikt zu bearbeiten.

Für Russland werden verschiedene Motive benannt. Sind es Sicherheits- und Respektierungsinteressen, so steht als zentrale Alternative der diplomatische Prozess eines Interessenausgleichs mit Abrüstung, Rüstungskontrollabkommen und Vertrauensbildenden Maßnahmen sowie der Einrichtung einer Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Raum, wie es seit Mitte der 1970er schon einmal mit der sowjetischen Führung

⁶ Ebda.

⁷ Ebda.

⁸ Dies wird auch deutlich, wenn man sich den Ablauf der Nato-Manöver ansieht, wie Jonas Tögel in seinem Buch *Kriegsspiele* (2025) dokumentiert hat. Alle Manöver der Nato enden in einem Atomkrieg in Europa! Eine solche Risikoabschätzung hatte in den 1970er Jahren bereits eine Arbeitsgruppe um den Physiker und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker vorgenommen mit dem Ergebnis, dass West- und Ost-Deutschland als lebensfähige Industriegesellschaften zerstört wären. Aber auch ein „kleiner Atomkrieg“ fern ab Europas, zwischen Indien und Pakistan, hätte verheerende Folgen angesichts der Klima-Veränderungen durch die Explosionswolken und den radioaktiven Fallout. Berechnungen zeigen, dass dann auch in Europa mit Klimaveränderungen und Ernteausfällen zu rechnen ist.

praktiziert wurde. Sind es revisionistische Interessen, die Russland von vielen aufgrund seines Verhaltens im letzten Jahrzehnt zugeschrieben werden, so gilt es sich vor möglichen russischen Übergriffen zu schützen.

Prinzipiell eröffnen sich der Politik ganz verschiedene Wege, die Angst vor einer Invasion zu vermeiden oder abzumildern. Auf die diplomatischen Schritte wurde schon hingewiesen, um Invasionsabsichten erst gar nicht entstehen zu lassen. Will man dagegen – oftmals aus Gründen der Selbstvergewisserung – wehrhaft sein, so gibt es wiederum idealtypisch folgende Wege:

- eine militärische Abschreckung durch Bestrafung (deterrence by punishment),
- eine militärische Abschreckung durch Abhalten an der Grenze (deterrence by denial) in den Varianten Vorwärts- und Vorneverteidigung, die jeweils auch offensive Schläge kennt,
- eine militärische Abschreckung durch defensive Verteidigung (strukturelle Nichtangriffsfähigkeit) sowie
- eine nicht-militärische Abschreckung mittels sozialer Verteidigung, die eine fremde Herrschaftsausübung über die Gesellschaft verhindert.

Wenn man glaubt, sich für eine militärgestützte Verteidigung entscheiden zu müssen, so sollte man dem Diktum von Olaf L. Müller folgen, wonach gilt „Je kriegerischer eine vorgeschlagene Handlung, desto zweifelhafter ist sie moralisch.“⁹

Für eine militärgestützte Verteidigungspolitik heißt das, dass sie das Sicherheitsdilemma nicht verschärft und deshalb defensiv in dem Sinne zu sein hat, zumindest keine neue oder erhöhte Bedrohung für den potentiellen Gegner darstellt. Die heutige Politik des deterrence by punishment mit den dafür notwendigen Aufrüstungsprogramme (mit weitreichenden Fernlenk Waffen bis hin zu europäischen oder deutschen Atomwaffen) ist deshalb als „kriegerischer“ zu charakterisieren, als deterrence by denial¹⁰ oder als defensive oder soziale Verteidigung. Die beiden letzteren sollen kurz erläutert werden.

Defensive Verteidigung

Im Hinblick auf eine defensive Verteidigung i.S. einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit kann an Debatten in den 1970er und 1980er Jahren angeknüpft werden, als es in der Bundesrepublik Deutschland als einem Frontstaat des Ost-West-Konfliktes eine intensive Diskussion darüber gab, wie beim Gegner Bedrohungsängste abzubauen seien und wie man ihn zu ähnlichen Umrüstungen ermutigen könnte.¹¹

Das Konzept einer strikten Defensivverteidigung wurde vom Komitee für Grundrechte und Demokratie dabei wie folgt charakterisiert: *„Das Defensivkonzept baut – so wie auch die herkömmliche Abschreckungskonzeption – darauf auf, dass im internationalen System ein Mindestmaß an Rationalität anzutreffen ist. Diese Voraussetzung wird für das Defensivkonzept mit größerer Berechtigung als von den Anhängern der Abschreckungspolitik in Anspruch genommen. Es ist darauf angelegt, diese Voraussetzung ständig zu stärken, indem Bedrohungsvorstellungen*

⁹ Siehe dazu Müller unter: <https://www.spiegel.de/politik/krieg-in-europa-warum-ziviler-widerstand-eine-alternative-zur-aufruestung-ist-a-b380cdf4-bba1-44a0-b3c7-37a0503fdb71>

¹⁰ Siehe dazu die Studie von Max Mutschler, die demnächst über BICC eingesehen werden kann.

¹¹ Vgl. fürs erste u.a.: Frieden mit anderen Waffen. Verteidigung ohne Schlacht 1976, München (mit Beiträgen von Emil Spannocchi und Guy Brossollet); Afheldt, Horst 1976: Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln, München; Afheldt, Horst 1983: Defensive Verteidigung, Reinbek bei Hamburg; Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik, hrsg.v. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Reinbek bei Hamburg 1981, 158-181; Löser, Jochen 1981: Weder rot noch tot. Überleben ohne Atomkrieg – Eine sicherheitspolitische Alternative, München.

möglicher Gegner so ernst genommen werden, wie die der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins [Text stammt von 1981, d. Verf.]. Dementsprechend wird davon ausgegangen, dass kein möglicher Gegner eine Absicht des Genozid gegenüber der Bevölkerung der Bundesrepublik hat, wenn er von dieser nicht bedroht wird.“¹² Der Text vermerkt außerdem, dass Bedrohungsängste „ein wesentliches Legitimationsmittel des Wettrüstens“ sind und dass „(s)tatt der Annahme des ‚ungünstigsten Falles‘ das Defensivkonzept davon aus(geht), dass Konflikte und militärische Aggressionen aus den gesellschaftlichen, politischen und strategischen Problemen eines Landes folgen.“¹³ Dabei wird „(i)m Defensivkonzept...davon ausgegangen, daß das Abschreckungssystem nicht durch kleine Schritte (...) zur Abrüstung hin geöffnet werden kann. Nur eine deutliche Alternative – ein großer Schritt – kann soziale Lernprozesse auslösen, Phantasien und Hoffnungen der Menschen beflügeln, sich für eine Änderung einzusetzen. Der unabdingbar große Schritt des Konzepts besteht im Verzicht darauf, die Gegenseite zu bedrohen, im Verzicht auf Abschreckungs- und Verteidigungsstrategien mit Nuklear- und Massenvernichtungswaffen.“¹⁴ Dabei wird das Defensivkonzept nur als ein Zwischenschritt zu allgemeiner Abrüstung und zu gewaltfreien Konfliktlösungsmechanismen betrachtet.

Diese Debatte müsste dringend wieder aufgegriffen und an die heutigen Verhältnisse angepasst werden. Dass die heutigen Aufrüstungspläne, insbesondere die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland und der Kauf von atomwaffenfähigen F-35-Bombern diesem Imperativ einer defensiven Rüstung nicht entsprechen, liegt auf der Hand.

Soziale Verteidigung

Auch das Konzept der sozialen Verteidigung¹⁵ geht davon aus, dass eine Gesellschaft wehrhaft gegen Usurpations- und Invasionsabsichten sein muss. Es stellt also den Unfrieden in Rechnung und will auf potentiell unfriedliche Verhältnisse vorbereiten. Es erweitert aber die in der öffentlichen Debatte vorherrschende dichotomischen Gegenüberstellung zwischen einerseits Kriegstüchtigkeit und andererseits Selbstaufgabe/Unterwerfung, die oft gegen pazifistische Positionen polemisch in Stellung gebracht wird. Das Konzept der sozialen Verteidigung stellt Kriegsbereitschaft und Selbstaufgabe ein Drittes gegenüber.

Soziale Verteidigung geht davon aus, zwar nicht die Landnahme, aber die Beherrschung des eroberten Territoriums einem Invasor unmöglich zu machen und ihm damit die ökonomischen, politischen oder strategischen Vorteile, die er durch die Besetzung eines Landes gewinnen will, zu verwehren. Insofern steht die Zielsetzung im Gleichklang mit militärischer Verteidigung, ist aber im Gegensatz zu militärischer Verteidigung zwar auch nicht risikolos, aber die Risiken der Selbstvernichtung werden erheblich minimiert. Darüber hinaus senkt soziale Verteidigung das Invasionsrisiko erheblich, da es Entspannungs-förderlich und ein Entrüstungskonzept (und damit perspektivisch ein Friedenskonzept) ist und das Sicherheitsdilemma mit all seinen Risiken der Fehlwahrnehmung, der Aufrüstung und deren Kosten entscheidend entschärft.

Sozialer Verteidigung geht es folglich um die Verteidigung der Lebensweise und der Institutionen, nicht der Grenzen oder des Territoriums. Aus diesem Grunde sind die Mittel der sozialen

¹² Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik, hrsg.v. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Reinbek bei Hamburg 1981, 161.

¹³ Ebda., 162.

¹⁴ Ebda., 163.

¹⁵ Vgl. dazu „Stimmt es, dass...man ohne militärische Verteidigung wehrlos ist?“, zu finden unter: <https://www.aufbruch-zum-frieden.de/> sowie u.a.: Ebert, Theodor (Hrsg.) 1974: Demokratische Sicherheitspolitik. Von der territorialen zur sozialen Verteidigung, München.

Verteidigung die des zivilen Widerstandes, d.h. gewaltfrei. Genau dies wird insofern Wirkung auf Aggressor haben, dass dessen Vorgehen in der eigenen Bevölkerung hinterfragt wird.

Die Annahmen, auf denen das Konzept aufbaut, sind: (1.) Macht beruht nicht auf Gewalt (Max Weber), sondern auf Konsens/Zustimmung (Hannah Arendt), weshalb man Macht auch durch kollektives Handeln entziehen kann. Jede und jeder *kann* sich daran beteiligen. (2.) Das Ertragen von militärischer Besetzung ist besser als der Verlust unzähliger Menschenleben, die Zerstörung der kulturellen und materiellen Infrastruktur, der Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen sowie besser als das erhöhte Risiko einer Eskalation in einen Atomkrieg durch militärische Verteidigung. (3.) Die Besetzung eines Territoriums bedeutet nicht zwangsläufig die Macht bzw. Kontrolle über die Bewohner*innen dieses Territoriums. Zudem reflektiert das Konzept die Prämissen militärischer Verteidigung, wenn festgehalten wird, dass Militärdienst die feudalistisch anmutende Inanspruchnahme von Menschen als Güter bedeutet, die man opfern kann. Gerade in einer Demokratie ist zu fragen, mit welchem Recht einige über andere bestimmen, dass sie bereit sein müssen sich zu opfern.

Aber auch soziale Verteidigung fordert vom Einzelnen ein hohes Maß an widerständiger Selbständigkeit und birgt das Risiko in sich, dass man das eigene Leben aufs Spiel setzt. Die zwei zentralen Unterschiede bestehen jedoch darin, (1.) dass – wie alle Untersuchungen zeigen – die Zahl der Toten, die eine gewaltsame Bekämpfung eines Invasors oder Usurpators zur Folge hat, weit höher ist als bei sozialer Verteidigung und dass (2.) die Erfolgsaussichten eines gewaltfreien Widerstandes höher sind, als bei einem Rückgriff auf Gewalt.¹⁶

Schließlich reagiert das Konzept der sozialen Verteidigung auf drei Probleme, die mit einer militärischen Verteidigung der Freiheit einhergehen. Es geht davon aus, dass man die drei nachstehenden Fragen jeweils mit Nein beantworten muss, nämlich: (1.) Ist es im Atomzeitalter gerechtfertigt, die Freiheit mit allen Mitteln zu verteidigen, wenn es längst ethische Normen wie das Kriegsvölkerrecht oder das Folterverbot gibt, die genau dieses verbieten? (2.) Kann das, was geschützt und erhalten werden soll überhaupt militärisch verteidigt werden angesichts der Zerstörungswirkung der Waffen und den Eskalationsgefahren, die jeder Krise und jedem Krieg immanent sind? (3.) Kann ein Rückzug und mittelfristig Versöhnung und Frieden erwartet werden, wenn der Gegner gewaltsam und mit physischen und psychischen Verwundungen und Opfern aus dem Land getrieben worden ist? Die letzte Frage verweist auf die zentralen Annahmen des Konzepts der sozialen Verteidigung: zum einen darauf, auch die Soldat*innen des Gegners als Menschen zu sehen, die vielleicht sogar unter Zwang in ihren Tötungs- und Zerstörungsdienst getrieben worden

¹⁶ Wie Berechnungen über gewaltfreien und gewaltsamen Widerstand zeigen, liegen sind die Opferzahlen bei gewaltsamem Widerstand rund 100 Mal höher pro Fall als bei gewaltfreien Aufständen, v.a. auch deshalb, weil gewaltsame sie viermal länger andauern. Gewaltfreie Aufstände weisen nur 4 Prozent der Opferzahlen von gewaltsamen auf. Vgl. Chenoweth, Erica 2021: Civil Resistance. What Everyone Needs to Know, New York; Erica Chenoweth, Erica/ Maria J. Stephan, Maria J. 2024: Warum ziviler Widerstand funktioniert - Die strategische Logik gewaltloser Konfliktbearbeitung, Baden-Baden. Was die Erfolgsaussichten einer sozialen Verteidigung gegen eine Besatzung betrifft, so sind in der Zeit von 1945-2006 knapp 40 Prozent des gewaltfreien Widerstandes erfolgreich (gegenüber ca. 41 Prozent des gewaltsamen Widerstandes). Für den Zeitraum 1900 bis 2019 kommt Stehn zu dem Ergebnis, dass 53 Prozent der gewaltsamen Aufstände gescheitert sind, aber nur 36 Prozent der gewaltfreien. Vgl.: Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 83: Soziale Verteidigung. Dokumentation der Jahrestagung 12.-14. Mai 2023 in Hannover, hrsg.v. Bund für Soziale Verteidigung, August 2023, 51-59.

sind, und zum anderen die gegnerische Gesellschaft für lernfähig und erstaunensfähig zu halten, wenn sie sieht, dass der Feind seinerseits nicht grausam reagiert.

Ähnlich wie für die defensive Verteidigung ist ein Nachdenken und systematisches Entwickeln dieses Konzeptes zu fordern, da auch soziale Verteidigung geplant und eingeübt werden muss. Dies ist bisher noch nirgends geschehen, was auch bedeutet, dass die Erfolgsquote erheblich gesteigert werden könnte. Das Konzept müsste das Programm einer Ministerin für Frieden und Abrüstung werden.

Die konzeptionelle Weiterentwicklung und das Einüben sozialer Verteidigung könnte befördert werden, wenn Olaf L. Müllers Vorschlag aufgegriffen werden würde. Er lautet: „Wenn wir die Wehrpflicht wiederbeleben, dann anders als früher. Es sollte eine freie Wahlmöglichkeit für die jungen Frauen und Männer geben, ohne Gewissensprüfung. Und die Alternative zur Wehrpflicht sollte kein Zivildienst in Altenheimen oder Krankenhäusern sein, der wenig mit Landesverteidigung zu tun hätte. Ich möchte, dass sich die Wehrpflichtigen anstelle des Dienstes an der Waffe dafür entscheiden dürfen, die Verteidigung unseres Landes mit den friedlichen, gewaltfreien Mitteln des zivilen Widerstands einzuüben. Es geht also um den systematischen Aufbau einer sozialen Verteidigung.“¹⁷

Ein Nachdenken über diese Alternative ist folglich realistische Politik, zumal gilt: „Von den mehr als 500 bewaffneten Konflikten..., die zwischen 1946 und 2024 zumindest zwischenzeitlich aufhörten, endeten rund 150 mit einem militärischen Sieg einer Seite“¹⁸ – eine Erfolgsquote von gerade mal 30%. Ein Befund, der am Militär als „last resort“ oder vom Krieg als „ultima ratio“ zweifeln lässt.

(Stand: 03.02.2026)

¹⁷ Siehe dazu Müller unter: <https://www.spiegel.de/politik/krieg-in-europa-warum-ziviler-widerstand-eine-alternative-zur-aufruestung-ist-a-b380cdf4-bba1-44a0-b3c7-37a0503fdb71>

¹⁸ Gromes, Thorsten: Grenzen militärischer Gewalt als Mittel der Politik, in: Cornelius-Bundschuh, Jochen/ Gildemeister, Jan/ Butting, Klara (Hrsg.): Frieden suchen in Konfliktreichen Zeiten, Uelzen 2025, S.42.